

Parlamentarischer Vorstoss

2016/146

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Postulat von Peter Riebli, SVP-Fraktion: Schulweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Autor/in: [Peter Riebli](#)

Mitunterzeichnet von: Abt, Bammatter, Brenzikofer, Bühler, Brunner Roman, Brunner Rosmarie, Bürgin, Candreia, Degen, Epple, Fankhauser, Graf, Heger, Herrmann, Hess, Kämpfer, Karrer, Klauser, Locher, Mall, Meschberger, Mikeler, Ritter, Schafroth, Schenker, Schinzel, Spiess, Stohler, Straumann, Strub, Thüring, Trüssel, Tschudin, Uccella, Weibel, Wenger, Wirz, Würth, Zemp

Eingereicht am: 19. Mai 2016

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Im Zusammenhang mit der Zumutbarkeit des Schulweges wurde in der Presse ausführlich über den Streit betreffend Sicherheit beim Schülertransport im Gebiet der Kreisschule TED (Tenniken, Diegten, Eptingen) berichtet. Dabei geht es vor allem um sicherheitsrelevante Voraussetzungen im öffentlichen Verkehr (bei speziellen Schulbussen sind diese gesetzlich klar geregelt). Der öffentliche Verkehr leistet für den Schülertransport im Kanton hervorragende Dienste und abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen (siehe Eptingen), gab und gibt es keine negativen Rückmeldungen.

Nichtsdestotrotz hat der Rechtsdienst der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion in ihrem Entscheid vom 4. April 2016 verfügt, dass für „die Hin- und Rückfahrt der Kindergarten- und jungen Primarschulkinder (1. und 2. Primarschule) eine hinreichende Anzahl im Umgang mit Kindern geübter und instruierter Begleitpersonen im öffentlichen Linienbus 107 einzusetzen“ seien. Ebenso sei vor und nach dem Schulschluss bei zwei Haltestellen ein Lotsendienst einzurichten.

Diese angeordneten Massnahmen überraschen. Die Schulen haben prinzipiell Blockzeiten, sodass die Kinder immer altersdurchmischt in Gruppen unterwegs sind. Auf dem Lande fährt oft nur eine Buslinie und die Schulhaltestellen werden jeweils vom Chauffeur ausgerufen. Die Kinder können deshalb auch ohne Lesen zu können nicht den falschen Bus nehmen. Längerfristig sind für die kleinen Gemeinden solche vom Kanton verfügbaren Zusatzaufwände nicht bezahlbar und auch pädagogisch der falsche Weg. Kinder sollen zur Selbstverantwortung angehalten und nicht bevormundet werden.

Der Regierungsrat wird aufgefordert, keine Auflagen betreffend des Schülertransportes in öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus, Tram, Bahn) zu erlassen.